

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

- Michael Hüther: Bürgerpflicht versus Bürgertugend
- Petra Fuchs/ Katrin Kwiatkowski: Kommunale Engagementförderung
- Adalbert Evers/ Benjamin Ewert: Soziale Innovationen
- Ansgar Klein: Die neue Macht der Bürger? (Rezension)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Spitzengespräch des Bündnisses für Gemeinnützigkeit mit der SPD-Bundestagsfraktion
- Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«: Schlussbericht
- Ethnische und rassistische Diskriminierung in Deutschland: Kleine Anfrage beantwortet
- MigrantInnen im öffentlichen Dienst: Kleine Anfrage beantwortet
- Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen: Entschließung des Bundesrats
- Bürgerdialog Demografischer Wandel: Bürgerreport liegt vor

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Nachruf auf Gretel Wildt
- INKA-Workshopreihe fortgesetzt
- 17. Runde der Civil Academy: Ausschreibung Herbst 2013 gestartet
- Neue Mitarbeiterin im BBE

FACHDISKURS

- Effizienter Staat, Open Data und Partizipation: Kongress
- Demokratie mitgestalten: Jugendkongress 2013
- Städtenetzwerk: 3. Kongress
- Fachkongress: Baustellen der Demokratie

- Fachsymposium »Ehrenamt im Bevölkerungsschutz«: Dokumentation
- Bagfa-Thementag »Keine Zeit (mehr) fürs Engagement?«: Bericht
- Preis für Online-Partizipation 2013: Publikumsvotum läuft
- Inklusion von Menschen mit Behinderungen: PHINEO Analyse
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

nach oben

Michael Hüther: Bürgerpflicht versus Bürgertugend

Das BBE veranstaltete am 6. Februar 2013 mit Förderung des BMFSFJ einen Fachtag zum allgemeinen, engagementpolitischen Teil des Engagementberichts der Bundesregierung. Der Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den Engagementbericht, Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, hielt dort einen einführenden Vortrag, in dem er insbesondere auch die von der Kommission angezettelte Diskussion um die Definition des bürgerschaftlichen Engagements aufgriff. Im vorliegenden Gastbeitrag für den BBE-Newsletter stellt er seine Argumentation in 11 Punkten dar.

Gastbeitrag von Prof. Dr. Michael Hüther unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/04/nl08_gastbeitrag_huether.pdf (53 kB)

nach oben

Petra Fuchs/ Katrin Kwiatkowski: Kommunale Engagementförderung

Auf der Grundlage des im Eigenverlag des Deutschen Vereins herausgegebenen Handbuchs »Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich« fand am 12. November 2012 eine Fachtagung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) statt. Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen zur Förderung von Engagement und Partizipation, lokale Netzwerke und ihre kommunale Bedeutung sowie das kommunale Leitbild »Bürgerkommune« stellten die zentralen Themenblöcke der Veranstaltung dar. Petra Fuchs, Leiterin der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Verein, und Katrin Kwiatkowski, Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der Newsletter-Redaktion des BBE, stellen in ihrem Gastbeitrag Inhalte und Ergebnisse der Tagung dar. Der Beitrag erschien ebenso in NDV, April 2013.

Gastbeitrag von Petra Fuchs und Katrin Kwiatkowski unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/04/nl08_bericht_kommunale-engagementfoerderung.pdf (152 kB)

nach oben

Adalbert Evers/ Benjamin Ewert: Soziale Innovationen

»Soziale Innovationen« ist ein noch recht junger Begriff in der Engagementszene und bisher nicht abschließend definiert. Prof. Dr. Adalbert Evers und Dr. Benja-

min Ewert von der Justus-Liebig-Universität Gießen füllen in ihrem Gastbeitrag das Schlagwort mit Leben und berichten vom Workshop »Bürgergesellschaft stärken, innovatives Engagement fördern: Wie ziehen Politik, Verwaltung und Projektszene an einem Strang?«. Der Workshop fand am 28. Februar 2013 im Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. in Berlin-Kreuzberg statt; Veranstalter war die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern des EU-Projekts »Wilco«. Präsentiert haben sich sechs sozial-innovative Projekte und Ansätze aus dem Bezirk - darunter die »Stadtteilmütter« und das urban-gardening-Projekt »Prinzessinnengärten«. Deutlich wurde, so die Autoren, »in welcher unterschiedlichen Perspektiven soziale Innovation gedacht werden kann«, aber auch das Für und Wider von Förderprogrammen und welche Stolpersteine existieren.

Gastbeitrag Adalbert Evers und Benjamin Ewert unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/04/nl08_gastbeitrag_ewert-evers.pdf (29 kB)

nach oben

Ansgar Klein: Die neue Macht der Bürger? (Rezension)

Die erste »BP-Gesellschaftsstudie« zu Protesten in Deutschland gibt interessante, aber auch diskussionswürdige Diskussionsimpulse. Sie tritt an die Seite der Shell-Jugendstudie und der Generali-Altenstudie und macht neugierig auf die Folgestudie. Die von einem Team des Göttinger Instituts für Demokratieforschung unter Leitung von Franz Walter erstellte qualitative Studie »Die neue Macht der Bürger? Was motiviert die Protestbewegungen?« bietet interessante Momentaufnahmen und dichte Impressionen eines breiten und heterogenen Protestspektrums in Deutschland: Occupy und Anti-Atomkraft-Bewegung im Wendland und der Region Braunschweig, Opponenten gegen Infrastrukturprojekte in Stadtentwicklung (das Netzwerk »Recht auf Stadt« aus Hamburg, die Proteste gegen Stuttgart 21 und den Ausbau des Münchener Flughafens), aus dem Protest gegen die Energiewende in kleinen Gemeinden, Kommunen und Dörfern, die pro- und contra-Proteste zur Bildungspolitik in Hamburg 2008-2010 zur geplanten Schulreform (die Kontroverse zwischen dem Bündnis »Wir wollen lernen« und »Die Schulverbesserer«), von Anti-Euro-Protesten (Bundesvereinigung Freie Wähler, die Strömung »Liberaler Aufbruch« in der FDP bis zur August-von-Hayek-Gesellschaft), von Internetprotesten gegen das Anti Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) im Februar 2012 und von satirischen Protestgruppen (»Die Partei« und die »Front deutscher Äpfel«). Die Befunde machen deutlich: Protest und soziale Bewegungen werden heute als selbstverständliche politische Handlungsformen des bürgerschaftlichen Engagements genutzt und dies wird künftig gerade mit einer protesterfahrenen Kohorte »aktiver Alter« eher noch zunehmen. Die Studie macht auch den wissenschaftspolitischen Handlungsbedarf an einer systematischen, auch quantitativen Protest- und Bewegungsforschung in Deutschland sichtbar. Einige Deutungen der Befunde sind freilich aus einer demokratiepolitischen Perspektive kritikwürdig. Der Rezensionssessay von Ansgar Klein erscheint in Heft 2/2013 des Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Wir danken Redaktion und Verlag für den Vorabdruck.

Rezension von Dr. Ansgar Klein unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/04/nl08_rezension_klein.pdf (90 kB)

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

Spitzengespräch des Bündnisses für Gemeinnützigkeit mit der SPD-Bundestagsfraktion

Am 17. April 2013 trafen sich Vertreter des »Bündnisses für Gemeinnützigkeit«, in dem sich die Dachverbände der Zivilgesellschaft koordinieren, mit der Fraktionsspitze der SPD-Bundestagsfraktion und deren Engagementpolitikern zu einem Meinungsaustausch über engagementpolitischen Handlungsbedarf. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier bekräftigte das Anliegen seiner Fraktion, auch in der kommenden Legislatur engagementpolitische Akzente zu setzen. Die Sprecher des Bündnisses (Dr. Karin Fehres/ DOSB; Prof. Dr. Hans Fleisch/ Bundesverband Deutscher Stiftungen und Olaf Zimmermann/ Deutscher Kulturrat) erläuterten den von den Dachverbänden im Bündnis gesehenen Handlungsbedarf im Bereich der Freiwilligendienste und der Engagementpolitik. Diskutiert wurde auch der weiterhin bestehende Handlungsbedarf hinsichtlich eines nationalen Engagementgesetzes, eines Engagementförderplans und eines Freiwilligendienststatusgesetzes. Alle drei Maßnahmen waren im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung zwar angekündigt, aber dann nicht realisiert worden. Die Verbände unterstrichen zudem den Bedarf an einer energischen ressortübergreifenden Koordination der Engagementpolitik und empfahlen vor diesem Hintergrund die Einrichtung eines hochrangigen Beauftragten für engagementpolitische Fragen und eine Aufwertung des bisherigen Unterausschusses für Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag. Für das BBE wies Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein auf die engen Zusammenhänge zwischen Engagement- und Demokratiep Politik hin und empfahl die Einrichtung einer Demokratie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages in der kommenden Legislatur. Das Bündnis plant Spitzengespräche zur Engagementpolitik auch mit den anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen.

Materialien und Informationen zum Gespräch unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/04/nl08_sprechzettel.pdf (306 kB)

und unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/04/nl08_reformbedarf.pdf (456 kB)

nach oben

Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«: Schlussbericht

Mit Datum vom 5. April 2013 wurde der Schlussbericht der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« als Drucksache 17/12550 des 17. Deutschen Bundestags offiziell publiziert. Dabei handelt es sich allerdings mit 45 Seiten inklusive Anhang um ein ungewöhnlich kurzes Dokument. Der Grund dafür wird im Vorwort erläutert, in dem auf die Komplexität des Gegenstandes verwiesen wird: »So entstanden insgesamt zwölf Projektgruppen, die jeweils eigene Berichte erarbeiteten, die in Umfang und Qualität mit herkömmlichen Schlussberichten durchaus vergleichbar sind.« Im Vorwort wird ebenso vermerkt, dass die Bezeichnung dieser eigentlich zwölf Schlussberichte als Zwischenberichte durchaus als »irreführend« angesehen werden kann. Der Abschlussbericht stellt auch keine Synopse dieser 12 anderen Berichte dar, sondern beabsichtigt, »eine erste Einschätzung der Online-Bürgerbeteiligung vorzunehmen, die ein bisher einmaliges Experiment darstellt.«

Bericht unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712550.pdf>

Ethnische und rassistische Diskriminierung in Deutschland: Kleine Anfrage beantwortet

Mit Datum vom 25. März 2013 hat die Bundesregierung (17/12919) eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/12643) zur »Ethnischen und rassistischen Diskriminierung in Deutschland« beantwortet. Nach Einschätzung der Bundesregierung behindern Diskriminierung und Rassismus die soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen. Daher unterstütze die Regierung »bereits jetzt mit vielfältigen Maßnahmen der politischen Bildung und verschiedenen Bundesprogrammen das Engagement der Zivilgesellschaft unseres Landes für Demokratie und Toleranz«. Aus Sicht der Regierung bietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ein so wirksames Instrument, dass eine Notwendigkeit für weitere gesetzgeberische Maßnahmen nicht bestehe.

Antwort unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/129/1712919.pdf>

nach oben

MigrantenInnen im öffentlichen Dienst: Kleine Anfrage beantwortet

Mit Datum vom 25. März 2013 hat die Bundesregierung (17/12889) eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/12626) zur »Repräsentanz von Menschen mit Einwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst« beantwortet. Damit Menschen mit einem Migrationshintergrund angemessen als Beschäftigte in der Bundesverwaltung vertreten sind, hat die Bundesregierung im Nationalen Aktionsplan Integration das Dialogforum 4 »Migranten im öffentlichen Dienst« eingerichtet, für das das Bundesinnenministerium die Federführung hat. Die Beteiligten dieses Dialogforums haben ein Paket von insgesamt 30 konkreten Maßnahmen und Projekten vereinbart, um den Anteil der Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte zu erhöhen. Allerdings wird in der Antwort auf viele Fragen auch erkenntlich, dass eine genaue Erfassung von Istzuständen oder Entwicklungen teilweise an der fehlenden Erhebung von dafür notwendigen Daten scheitert.

Antwort unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/128/1712889.pdf>

nach oben

Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen: Entschließung des Bundesrats

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 22. März 2013 eine Entschließung zum Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen verabschiedet. Die aktuelle Lage hält er im Hinblick auf die Frage, wann und warum Menschen mit Behinderungen das Wahlrecht entzogen wird, für ungenügend und inkonsistent. Einen dringenden Überprüfungsbedarf sieht der Bundesrat bei Ausschluss vom Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen aufgrund einer sogenannten Betreuung in allen Angelegenheiten und aufgrund der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus auf Anordnung nach dem Strafgesetzbuch. Ferner fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, »unverzüglich die in ihrem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossene Studie zur aktiven und passiven Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Wahlen zum Abschluss zu bringen und die von ihr angekündigten Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Partizipation vorzulegen.«

Weitere Informationen unter
<http://www.bundesrat.de/SharedDocs/Beratungsvorgaenge/2013/0001-0100/0049-13.html>

nach oben

Bürgerdialog Demografischer Wandel: Bürgerreport liegt vor

Von September 2012 bis Februar 2013 waren Bürgerinnen und Bürger aus dem gesamten Bundesgebiet eingeladen, am Bürgerdialog Demografischer Wandel mitzuwirken. Die übergreifende Frage lautet dabei, wie Deutschland ideenreich und innovativ bleiben kann. Der Bürgerdialog Demografischer Wandel ist Teil einer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierten Reihe von Bürgerdialogen. Als Ergebnis liegt jetzt der Bürgerreport als Download vor. In ihm werden zu 12 Themenfeldern im Dialogprozess erarbeitete Lösungswege dargestellt, jeweils zwischen zwei und vier verschiedene Wege.

Report unter http://www.buergerdialog-bmbf.de/media/content/Buergerreport_Demografischer_Wandel__final.pdf

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Nachruf auf Gretel Wildt

Das BBE trauert um Gretel Wildt. Gretel Wildt gehörte dem Sprecherrat des BBE in den Jahren 2003 bis 2005 an und blieb auch danach dem Netzwerk eng verbunden. Sie war im Diakonischen Werk langjährige Leiterin der Zentren Familie, Bildung und Engagement sowie Migration und Soziales und zudem Geschäftsführerin von drei Fachverbänden (Bundesverband evangelischer Ausbildungsstätten, Bundesvereinigung evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder und Evangelische Bundesarbeitsgemeinschaft für Sozialpädagogik im Kindesalter). Gretel Wildt ist am 21. März im Alter von 65 nach einer langen Krebserkrankung verstorben. Wir, der Sprecherrat und die Geschäftsführung des BBE, werden ihre Leidenschaft für eine gute Engagemempolitik, ihren vermittelnden und herzlichen Stil und ihre zupackende Art sehr vermissen.

nach oben

INKA-Workshopreihe fortgesetzt

Am 10. April 2013 kamen im Berliner Generalsekretariat des DRK ca. 35 Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und den Rettungs- und Hilfsorganisationen zum INKA-Workshop »Freiwilligenmanagement im Katastrophenschutz - Analysen von Strukturen und Prozessen der Organisationen« zusammen. Am Vormittag erläuterte Frau Dr. Vierhuß-Schloms am Beispiel des THW, wie dort aktuellen Herausforderungen bei der Gewinnung und Einbindung Ehrenamtlicher im Katastrophenschutz begegnet wird. Außerdem wurden erste Hypothesen, die das IAT Stuttgart aus Experteninterviews abgeleitet hat, mit den praktischen Erfahrungen der Hilfsorganisationen abgeglichen. Nachmittags diskutierten die Teilnehmenden in parallelen Arbeitsgruppen, auf welche Weise Organisationen

durch das Anbieten neuer Engagementformen auch Interesse für langfristiges Engagement wecken können, wie Hilfsorganisationen spontane Helferinnen und Helfer einbinden können und welche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit im Gemeinwesen aktiven Akteuren wie z.B. Freiwilligenagenturen bestehen.

Weitere Informationen unter <http://www.inka-sicherheitsforschung.de>

nach oben

17. Runde der Civil Academy: Ausschreibung Herbst 2013 gestartet

Damit aus einer spannenden Idee auch ein reales Projekt wird, unterstützt die »Civil Academy« junge Menschen die sich engagieren wollen mit Know-How und Kompetenzen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Seit 2005 fördern das BBE und BP Europa SE mit ihrem gemeinsamen Qualifizierungsprogramm das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen in Deutschland. Ab sofort können sich Engagierte zwischen 18 und 27 Jahren bewerben, um im Herbst 2013 an der »Civil Academy« teilzunehmen. Die Trainingseinheiten drehen sich um Projektmanagement, Finanzplanung und Fundraising, Team- und Führungsfragen sowie Öffentlichkeitsarbeit. Dozenten aus der Wirtschaft und dem zivilgesellschaftlichen Bereich vermitteln diese Inhalte praxisbezogen an drei Seminarwochenenden. Die Teilnahme am Programm ist kostenlos.

Weitere Informationen unter <http://www.civil-academy.de>

nach oben

Neue Mitarbeiterin im BBE

Tina Gutsche ist seit dem 15. April 2013 als Praktikantin für den Bereich Netzwerkbetreuung im BBE zuständig. Sie studierte im binationalen Studiengang der Johannes Gutenberg Universität Mainz und der Université de Bourgogne Geschichte, Romanistik und Germanistik. Ihr Interesse für Engagementpolitik entstand insbesondere durch ihren Europäischen Freiwilligendienst, sowie ihr Engagement als Trainerin und für internationale Studierende an der Johannes Gutenberg Universität.

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Effizienter Staat, Open Data und Partizipation: Kongress

Seit über 15 Jahren trägt der Verwaltungskongress »Effizienter Staat« zur Staatsmodernisierung Deutschlands bei, indem hier Innovationen und Reformkonzepte für das Verwaltungshandeln vorgestellt und diskutiert werden. Der 16. Kongress widmet sich dem Thema »Vorsprung durch Innovation - Moderne Verwaltung: offen, vernetzt, effizient.« Zugleich wird dort erneut der Preis für Online-Partizipation vergeben. Das Thema Bürgerbeteiligung spielt in einer Reihe der Impulsvorträge und Foren eine große Rolle. Es gibt Foren mit dem Motto »Staat neu denken: Offen, transparent, bürgerorientiert« sowie zu »Open Data und Kooperationsprojekte«. Der Kongress findet am 15. und 16. Mai 2013 im dbb fo-

rum in Berlin statt. Eine schriftliche Anmeldung ist erforderlich. Für Angehörige des Öffentlichen Dienstes (ausgenommen privatwirtschaftliche Unternehmensformen wie z. B. AG und GmbH, Anstalten öffentlichen Rechts) und der Parlamente sind die Veranstaltungen kostenfrei. Für andere Teilnehmer werden Kongressgebühren bis von 380 Euro für beide Tage bzw. von 200 Euro für einen Tag (zzgl. gesetzl. MwSt.) erhoben.

Weitere Informationen unter <http://www.effizienterstaat.eu/Kongress/>

nach oben

Demokratie mitgestalten: Jugendkongress 2013

Das Bündnis für Bündnis für Demokratie und Toleranz - Gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) veranstaltet vom 20. bis zum 24. Mai 2013 in Berlin den Jugendkongress 2013. Das Motto lautet in diesem Jahr »Demokratie mitgestalten!«. In Workshops, Außenforen und vielen weiteren Programmpunkten werden vielfältige Möglichkeiten aufgezeigt, sich ehrenamtlich und zivilgesellschaftlich für Demokratie und Toleranz einzusetzen bzw. das eigene Engagement auszubauen. Teilnehmen können Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren in Gruppen bis maximal 7 Personen inklusive Betreuer. Die Teilnahme ist kostenlos. Das BfDT übernimmt zudem die Hotelkosten in Mehrbettzimmern inkl. Frühstück vom 20. bis 24. Mai 2013 (Hotel Kolumbus), Mahlzeiten laut Programm (Änderungen vorbehalten) sowie ein Ticket für den öffentlichen Nahverkehr in Berlin (Zonen AB) für die Zeit des Aufenthaltes.

Weitere Informationen unter http://www.jugendkongress-berlin.de/site/index.php?option=com_content&view=frontpage&Itemid=100001

nach oben

Städtenetzwerk: 3. Kongress

Am 6. und 7. Juni 2013 findet in Berlin der 3. Städtenetzwerkkongress statt, diesmal mit dem Thema: »Bürger und Politik in der Stadtgesellschaft - Ziemlich beste Freunde?« Ansatz des Kongresses ist die Überlegung, dass nur durch das Nutzen der Kommunikationskompetenz bei BürgernInnen und PolitikernInnen die Legitimität in der Stadtentwicklungspolitik gesteigert werden kann. In parallel laufenden Workshops und mit Beiträgen von sieben Städtenetzwerk-Städten wird intensiv diskutiert. Zudem sollen Rollenspiele als Anwendungstraining die Milieukommunikation in der Stadtgesellschaft auch praktisch voranbringen helfen. Der Kostenbeitrag beträgt 50 Euro (ausgenommen sind vhw-Organmitglieder und alle Teilnehmer aus den Städtenetzwerk-Städten sowie Studenten unter Ausweisung mit einem gültigen Studentenausweis bis 27 Jahre). In den Kosten ist ein druckfrisches Exemplar des vhw-Handbuchs »Kommunikation mit den Milieus in der Stadtgesellschaft« enthalten. Im vom vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. initiierten Städtenetzwerk haben sich mittlerweile 16 Städte zusammengeschlossen.

Weitere Informationen unter <http://www.vhw.de/home/staedtenetzwerk-veranstaltungen/>

nach oben

Fachkongress: Baustellen der Demokratie

Die Demokratiefrage ist zurück in unserer Gesellschaft. Viele Bürgerinnen und Bürger wollen sich einmischen und mitgestalten: vom Stadtteil bis zum Parlament, von der Schule bis zum Arbeitsplatz. Doch wie können wir unsere Demokratie in Zukunft besser machen? Mit welchen Verfahren? An welchen Orten? Die Heinrich-Böll-Stiftung lädt vom 14. bis 16. Juni 2013 (Ort: Heinrich Böll Stiftung und Deutsches Theater in Berlin) alle ein, die etwas bewegen wollen: zum Erfahrungsaustausch und zur gemeinsamen Orientierung. Ein Wochenende mit Workshops, Vorträgen und Gesprächen, Praxisbeispielen und Kulturprogramm. Mit Carolin Emcke, Hartmut Rosa, Brigitte Young, Chantal Mouffe, Rainer Forst u.a. sowie zahlreichen Workshops am Samstag.

Weitere Informationen unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/04/nl08_konferenz_demokratie.pdf (47 kB)

nach oben

Fachsymposium »Ehrenamt im Bevölkerungsschutz«: Dokumentation

Am 10. und 11. September 2012 veranstaltete das Deutsche Rote Kreuz gemeinsam mit der Universität Witten/Herdecke das vom BMBF-geförderte Fachsymposium »Ehrenamt im Bevölkerungsschutz« in Berlin. Dort trafen sich Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Akteure des Bevölkerungsschutzes, um über die aktuellen Herausforderungen des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz und gemeinsame Lösungsansätze zu diskutieren. Dr. Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung des freiwilligen Engagements im Bevölkerungsschutz: »Das Ehrenamt bildet im DRK - und auch bei allen anderen Akteuren des Bevölkerungsschutzes - eine wesentliche Säule unserer Arbeit. Es ermöglicht das bestehende, flächendeckende und vor allem aufwuchsfähige System des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland, wodurch selbst große und komplexe Schadenslagen erfolgreich bewältigt werden konnten und können.« Die Vorträge, Diskussionen und Ergebnisse der zweitägigen Veranstaltung wurden aufbereitet und nun in einer Tagungsdokumentation zusammengefasst.

Dokumentation unter http://www.inka-sicherheitsforschung.de/fileadmin/Daten/pdf-Downloads/Dokumentation_Symposium_Ehrenamt.pdf

nach oben

Bagfa-Thementag »Keine Zeit (mehr) fürs Engagement?«: Bericht

Am 21. März 2013 veranstaltete die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V. in Kooperation mit der lagfa Bayern e.V. und der LAGFA Sachsen-Anhalt e.V. den Thementag »Keine Zeit (mehr) fürs Engagement? Freiwilligenagenturen und Jugend«. Dafür trafen sich in Würzburg VertreterInnen von Freiwilligenagenturen, Organisationen, Projekten, u.a. die Civil Academy, und aus den Bundesländern und diskutierten, welchen Einfluss Schule, Arbeitsmarkt und Studium auf die Lebenswelt und Engagementbereitschaft junger Menschen haben. In drei vertiefenden Workshops wurden die Schwerpunktthemen »Service Learning«, »Beratung, Begleitung und Qualifizierung« sowie »Ansprache und Partizipation im Web 2.0« behandelt. In der Abschlussdiskussion widmeten sich die Teilnehmenden der Frage »Trends und Zukunftsperspektive? Wohin be-

wegt die Jugend das Engagement und die Freiwilligenagenturen?«. Ein Bericht zur Veranstaltung mit zahlreichen Links zu Freiwilligenagenturen und Jugendprojekten liegt nun vor.

Weitere Informationen unter <http://bagfa.de/index.php?id=205>

nach oben

Preis für Online-Partizipation 2013: Publikumsvotum läuft

Zum zweiten Mal wird der Preis für Online-Partizipation im Rahmen des Verwaltungskongress Effizienter Staat am 16. Mai 2013 Uhr im dbb forum Berlin verliehen. Aktuell läuft, noch bis zum 30. April 2013, das Online-Voting für den Publikumspreis. Der von der]init[AG für digitale Kommunikation und dem Behörden Spiegel gestiftete Preis soll dazu beitragen, die Kultur der Teilhabe an Verwaltung zu stärken. Neben dem Publikumssieger wird der Gewinner des Partizipationspreises 2013 durch eine Expertenjury gekürt. Mitglieder der Jury sind: Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Prof. Reinhard Riedl, Fachhochschule Bern, Dr. Peter Parycek, Zentrumsleiter - Zentrum für E-Governance, Donau-Universität Krems, PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Anke Domscheit-Berg, Government 2.0 Netzwerk und Christoph Meineke, Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen, Preisträger Preis für Online-Partizipation 2012.

Weitere Informationen unter http://www.politik.de/politik-de/projekte_entdecken/partizipationspreis

nach oben

Inklusion von Menschen mit Behinderungen: PHINEO Analyse

Zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich mit unterschiedlichen Ansätzen für Inklusion ein. PHINEO untersucht in einem vierstufigen Analyseverfahren, welche Handlungsansätze gemeinnütziger Organisationen im Themenfeld »Inklusion von Menschen mit Behinderungen« im Sinne dieser Analyse wirkungsvoll sind. Projekte mit besonders hohem Wirkungspotenzial werden mit einer PHINEO-Qualitätsempfehlung ausgezeichnet und im Rahmen des PHINEO-Themenreports »Inklusion von Menschen mit Behinderungen« vorgestellt. Der Report soll im Frühjahr 2014 erscheinen. Gemeinnützige Organisationen, die sich im Bereich Inklusion engagieren, können bis zum 30. April 2013 kostenfrei an der PHINEO-Analyse teilnehmen.

Weitere Informationen unter <http://www.phineo.org/fuer-organisationen/ausschreibungen/>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 2. Mai 2013.
Redaktionsschluss ist der 25. April 2013.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Katrin Kwiatkowski, M.A.-Pol. und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Dieser Newsletter wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

[Hinweis](#)

Gefördert vom:

